

Pressecommuniqué

Autor(en): **[s.n.]**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Emanzipation : feministische Zeitschrift für kritische Frauen**

Band (Jahr): **5 (1979)**

Heft 4

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-359036>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

<http://www.e-periodica.ch>

HARRISBURG IST ÜBERALL

Die Experten der Atomlobby, seit Jahren bemüht, uns Sand in die Augen zu streuen, mit Beteuerungen über die angebliche Sicherheit von Atomkraftwerken, sind seit dem katastrophalen Unglück von Three Miles Island ungläubwürdig geworden. Aber nicht einmal dieses Zeichen kann unsere Behörden und Volksvertreter zur Vernunft bringen. Ausser der POCH, PSA und der RML haben alle Parteien Ja zur Atomgesetzrevision gesagt. Zu einer Revision, die Kaiseraugst, Graben und Verbois ermöglicht und die bestehenden Werke nicht stilllegt, bis die hängigen Fragen der Sicherheit und vorallem der Endlagerung gelöst sind. Mit der Annahme der Revision erhält die Bundesversammlung die Kompetenz über die Bewilligungen zu entscheiden, ohne dass das Volk mit einem Referendum dazu Stellung nehmen kann. Auf diese Scheinrevision kann es nur eine Antwort geben: die Lancierung einer neuen Initiative. Tatsächlich ist die Schweizer-Anti-AKW-Bewegung auch daran einen neuen Text zu erarbeiten. Zur Diskussion stehen vier Varianten:

- Verbot und Stilllegung der Atomkraftwerke.
- Kein weiterer Ausbau der Atomenergie d.h. nach Leibstadt sollen keine weiteren Atomkraftwerke in Betrieb genommen werden.
- Baustop und öffentliche Diskussion über die Energiepolitik. Alle Atomanlagen bedürfen einer Konzession, welche von der Bundesversammlung erteilt wird und dem obligatorischen Referendum unterstellt ist.
- Energieartikel. Hier sollen vor allem erneuerbare Energiequellen, namentlich Wasserkraft und Sonnenenergie, Vorrang haben. Die Atomenergie soll ersetzt werden. Neue Grundsätze zur Anwendung und zum Verbrauch der Energie sollen ins Gesetz aufgenommen werden.

Die Tragweite von Harrisburg kann heute noch nicht voll abgeschätzt werden. Es



könnte aber der entscheidende Dolchstoß gegen die Atomindustrie gewesen sein. Was die Atomenergie aber letztlich zu Fall bringen wird ist *das finanzielle Fiasko*. Harrisburg war ein Schock: die Börsenkurse im Atomsektor sind um 10 % gefallen, Atomkraftwerke werden abgeschaltet, ständige Pannen führen zu Produktionsausfällen, immer neue nötige Sicherheitsmassnahmen verteuern die Anlagen, das Müllproblem ist nach wie vor ungeklärt und das Uran wird knapp, die Preise steigen.

Frauen, wir müssen konsequent sein. Diskutiert in eurem Kreis über die Atomgesetzrevision und geht am 19./20. Mai an die Abstimmung und legt ein NEIN in die Urne, es ist ein JA für eine neue Initiative gegen den weiteren Bau von Atomkraftwerken.

Edith Stebler

Aus dem Koordinationskomitee der Initiative „Für einen wirksamen Schutz der Mutterschaft“

Wir waren neun Frauen an der letzten Sitzung vom 21. Februar in Olten. Die SP, die PSA, die SGSG (Schweiz. Gesellschaft für ein soziales Gesundheitswesen) und der SFFF (Schweizer Frauen für Frieden und Fortschritt) liessen sich entschuldigen.

Zuerst haben wir über die geplante Spendenkampagne gesprochen. Von der OFRA lagen zwei Briefentwürfe vor, sowie eine Liste mit möglichen Spendern. Mit einem Brief werden vor allem Frauenorganisationen und Zeitschriften angesprochen, mit dem zweiten die Bebe- und Kinderwarenindustrie. Das Sekretariat wurde beauftragt einen dritten Brief für Ratsmitglieder und Banken zu formulieren.

Obwohl nicht mehr Unterschriften als an der Sitzung vom 25. Januar vorhanden sind (ca. 30'000, wovon der OFRA ca. 8000) war als nächstes Traktandum „Zeitpunkt der Einreichung“ vorgesehen! Die OFRA-Vertreterin schlug vor, dieses Traktandum

erst wieder zu diskutieren, wenn 90'000 Unterschriften gesammelt sind. Auch das nächste Traktandum „Unter welchen Bedingungen müssen wir die Initiative zurückziehen“ wurde vorläufig tiefgekühlt, bis von einer im KoKo vertretenen Organisation schriftlich beantragt wird, diesen Punkt wieder zu traktandieren. Zur Zeit müssen wir unsere Energie aufs Unterschriftensammeln verwenden und nicht für Sandkastenspiele.

Aus den lokalen Unterstützungskomitees wurde berichtet:

Baselland: Am 14.2.79 wurde in Pratteln das kantonale Unterstützungskomitee gegründet. Für Samstag, den 12. Mai (Tag vor dem Muttertag) wird eine grosse gemeinsame Unterschriften-Sammelaktion im ganzen Kanton gestartet.

St. Gallen: hatte einen Stand am 8. März zum Unterschriftensammeln. Geplant ist ein Fest Ende April und eine Muttertagaktion.

SGB organisierte einen ganzen Schulungstag für die Gewerkschafterinnen zum Thema Mutterschutz. Für die Referentinnen zum Thema MSV wurden ein Referenten-

fürher und ein Kurzreferat erarbeitet. Als nächster Punkt wurde diskutiert, ob und wie das KoKo Stellung zu den verschiedenen parlamentarischen Vorstössen zum Thema Mutterschutz beziehen solle. Wir beschlossen, dass diese Diskussion zuerst in den Organisationen geführt werden muss, bevor wir im KoKo dazu Stellung nehmen können. Für die Sitzung vom 26. April sind folgende Traktanden vorgesehen:

- Stellungnahme zu den Vorstössen im Parlament (z.B. Initiative Nanchen, Motion J. Meyer usw.)
- Vorschläge zu erarbeiten, wie das KoKo wieder an die Öffentlichkeit treten soll.

PRESECCOMMUNIQUE

Wir Frauen von der Frauen-Befreiungs-Bewegung (FBB), der Organisation für die Sache der Frau (OFRA) und der Homosexuellen Frauengruppe (HFG) unterstützen die vom „Komitee gegen militärische Umtriebe“ herausgegebene Resolution gegen die Wehrschau vom 16. und 17. März in Zürich.

Für die Ausrüstung der Armee sind öffentliche Gelder in Hülle und Fülle vorhanden, neuerdings sogar schon für Wehrdemonstrationen. Wir protestieren dagegen, dass unsere Steuergelder für derartige Spektakel verschleudert werden, währenddem beim Ausbau von sozialen Einrichtungen noch immer gespart wird:

- Der Mutterschutz in der Schweiz ist einer der rückständigsten in Europa.
- Es gibt immer noch überfüllte Krippen und Kindergärten, denn für öffentliche Kinder-Tagesstätten reichen unsere Steuergelder anscheinend nicht aus.
- Die Gesundheitsversorgung und insbesondere die medizinische Vorsorge ist unzureichend.
- Und die Stadt Zürich z.B. ist nach wie vor nicht bereit, ein Haus für geschlagene Frauen kostenlos zur Verfügung zu stellen.

Mit dieser Schau wird der Krieg verniedlicht und verherrlicht. Die Technik, die wir hier in Zürich bestaunen sollen, dient zum Töten. Können sich die Schweizer Bürger an einem solchen Spiel mit Vernichtungsmaschinen vielleicht deshalb unbefangen erbauen, weil in ihren Städten noch nie Bomben gefallen sind?

Angesichts der verstümmelten Kinder, des Elends der Zivilbevölkerung (Frauen, Kinder, Alte) in Vietnam, in Palästina und in Afrika, protestieren wir gegen die Verniedlichung des Grauens, das Krieg bedeutet und das „im Ernstfall“ uns und unsere Kinder zuerst trifft.

Die Armee erfasst die jungen Männer und erfüllt bis zu deren 50. Lebensjahr eine Erziehungsfunktion: Erziehung zum Gehorsam, zur Gewaltanwendung und zur Unterordnung in eine demokratische Herrschaftsmaschinerie. Hier werden Männer immer wieder in jenes patriarchalische, autoritäre Rollenverhalten eingeübt, unter dem viele Männer im Grunde ebenso leiden wie die Frauen, die immer noch von männerdominierten Institutionen ausgebeutet werden.

Wir protestieren dagegen, dass hier Herrschaft unbefragt verherrlicht wird: Herrschaft von Offizieren über Soldaten, von Menschen über Menschen, Männern über Frauen, von wenigen über viele!